

Casino-Einnahmen sollen in die AHV fließen

Die VU-Fraktion will eine Zweckbindung der Einnahmen aus der Geldspielabgabe.

Patrik Schädler

Die Fraktion der Vaterländischen Union will mit einer Motion die Regierung auffordern, die staatlichen Einnahmen aus der Geldspielabgabe der Spielbanken zu nutzen, um der AHV-Anstalt Stabilität zu verschaffen. Ausserdem soll die Regierung prüfen, wie sie mit diesen zusätzlichen Einnahmen eine Erhöhung der AHV-Renten herbeiführen kann. Über den Vorstoss wird voraussichtlich im Dezember-Landtag entschieden.

Die VU-Fraktion nimmt damit den Ball der AHV-Anstalt aus der Postulatsbeantwortung «für eine grössenverträgliche Casino-Landschaft in Liechtenstein» auf. Darin hatte die AHV – im Gegensatz zur Regierung – eine Zweckbindung der Einnahmen zur langfristigen Sanierung und zur Sicherung der Renten begrüsst. Denn bei der derzeitigen Regelung würden

«Die Spielbanken würden damit einen sichtbaren und entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Absicherung unserer Sozialsysteme leisten.»



Günter Vogt
VU-Fraktionssprecher

die Beiträge von Versicherten und Arbeitgebern zusammen mit dem Staatsbeitrag nicht mehr genügen, um die laufenden Ausgaben zu decken.

Die Regierung lehnt es grundsätzlich ab, neue Zweckbindungen von Einnahmen vorzunehmen. Auch die VU-Fraktion sei keine grosse Anhängerin davon, schreibt sie in ihrer Motionsbegründung. Doch in gewissen Bereichen ergebe ein solche Bindung durchaus Sinn. So könnten damit die zusätzlichen Einnahmen aus dem Casino-Geschäft vor anderen Begehrlichkeiten geschützt werden und «zweifelsfrei einem guten Zweck» zugeführt werden. «Die Spielbanken, die derzeit mit allerlei Vorwürfen und negativer Kritik konfrontiert sind, würden damit einen sichtbaren und entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Absicherung unserer Sozialsysteme beitragen», so VU-Fraktionssprecher Günter Vogt zum Vorstoss. **3**

Casinos sollen die AHV-Renten sichern oder gar erhöhen

Die VU will die zusätzlichen Staatseinnahmen aus Geldspielabgaben der Casinos vor dem Zugriff der Politik schützen.

Die Spielbanken in Liechtenstein werden sich nicht in Luft auflösen. Und auch wenn sich mancher daran stört, bringen sie dem Staat stattliche Einnahmen. Alleine in diesem Jahr dürfte die Geldspielabgabe gut 28 Millionen Franken betragen.

Diese zusätzlichen Einnahmen aus dem Casinogeschäft können Begehrlichkeiten wecken, welche neue wiederkehrende Kosten und ein weiteres Wachstum des Staates verursachen könnten. Dies will die VU-Fraktion verhindern und hat deshalb eine Motion eingereicht, um «die finanzielle Zukunft der Alters- und Hinterlassenenversicherung für die nächsten Jahrzehnte mithilfe der zusätzlichen Einnahmen aus der Geldspielabgabe oder eines Teils davon abzusichern und falls möglich eine sinnvolle und tragfähige Rentenerhöhung herbeizuführen.» Findet der Vorstoss im Dezember-Landtag eine Mehrheit, muss

die Regierung einen entsprechenden Gesetzesvorschlag unterbreiten. Man habe die Formulierung aber bewusst offen gewählt, damit die Regierung Gestaltungsmöglichkeiten habe, «um mit den zusätzlichen Einnahmen aus dem Spielbankenbetrieb unser wichtigstes Sozialwerk nachhaltig abzusichern», so die VU-Fraktion.

Fakt ist, dass die AHV in Zukunft mehr Geld benötigt. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe. Einerseits wurde zur Sanierung des Staatshaushaltes der Staatsbeitrag von 54 auf 30 Millionen gesenkt und andererseits werden in den kommenden Jahren die letzten Babyboomer-Jahrgänge pensioniert.

Modell nach schweizerischem Vorbild

Mit den 30 Mio. Franken steuert der Staat Liechtenstein circa 13 Prozent der AHV-Ausgaben bei. Im Vergleich mit der Schweiz, in der 19,55 % der Aus-

gaben vom Staat getragen werden, ist das gemäss VU-Fraktion relativ niedrig. Und die kommenden Jahre werden aufgrund der demografischen Entwicklung ohnehin zu einer Herausforderung für die Alters- und Pensionsversicherungen. Schon in der Aktuellen Stunde am 5. April 2019 im Landtag regte VU-Fraktionssprecher Günter Vogt an, einen Teil der Staatseinnahmen aus den Geldspielabgaben zweckgebunden zugunsten von Sozialwerken zu verwenden.

In der Schweiz ist dies heute schon der Fall, wie Günter Vogt bei der Überweisung des Postulats der VU für eine grössenverträgliche Casino-Landschaft erklärte: Zwischen 2003 und 2016 sind bei unseren westlichen Nachbarn so 5,7 Milliarden Franken an die AHV und die Kantone geflossen. «Damit haben die Casinos einen grossen Beitrag an das Gemeinwohl geleistet und die Bürgerinnen und

Bürger ebenfalls am wirtschaftlichen Erfolg des Staates beteiligt», so Günter Vogt.

Die AHV-Anstalt würde es gemäss der Beantwortung des VU-Postulats für eine grössenverträgliche Casino-Landschaft befürworten, wenn die Casino-Einnahmen zur langfristigen Sanierung und zur Sicherung der Renten beitragen würde. Denn bei der derzeitigen Regelung würden die Beiträge von Versicherten und Arbeitgebern zusammen mit dem Staatsbeitrag nicht mehr genügen, um die laufenden Ausgaben zu decken. Es braucht also künftig entweder mehr Vermögenserträge, oder es müssen Vermögensreserven verbraucht werden – Letzteres passiert, wie oben ausgeführt, derzeit bewusst. Vor diesem Hintergrund bliebe der AHV-Anstalt keine andere Wahl, als zusätzliche Einnahmen zu begrüssen. Dies könne via Zweckbindung der Geldspielabgabe oder via Erhö-

hung des allgemeinen Staatsbeitrages erfolgen.

AHV-Export-Problematik Rechnung tragen

Aus verschiedenen Kreisen in der Bevölkerung, aber auch im Landtag, wird auf die Problematik hingewiesen, dass das Sozialwerk AHV mit über 35 Prozent vergleichsweise viel Geld ins Ausland überweist. Zu diesem Umstand schreibt die VU-Fraktion: «Nicht die Tatsache an sich, dass Menschen, die in unserer Volkswirtschaft mit ihrer Arbeitskraft einen Beitrag geleistet haben, auch anspruchsberechtigt sind, beschert uns Sorgenfalten. Sie haben es sich verdient. Es ist zu beachten, dass die Bezüger zu ca. 2/3 im Ausland leben, aber nur 1/3 ins Ausland fliesst. Es ist aber nicht fragwürdiger Populismus, der solche Gedanken zulässt. Es ist eine Frage der Finanzierbarkeit dieser Praxis, welche all jene beschäftigt, die

sich intensiv mit der Materie auseinandersetzen. Unter der Annahme, dass die Einnahmen der Casinos in Liechtenstein mehrheitlich aus dem Ausland stammen, könnte man diesen Export der Sozialleistungen durch eine Zweckbindung kompensieren – zumindest teilweise.»

Rentenerhöhungen sollen geprüft werden

Wie die AHV-Anstalt zudem letzte Woche mitteilte, ist unter den aktuellen Voraussetzungen nicht an eine Erhöhung der AHV-Renten zu denken, obwohl diese Renten seit acht Jahren nicht mehr angepasst wurden. «Die Einnahmen aus dem Geldspielgesetz würden hier unter Umständen eine neue Chance ermöglichen. Viele Rentner sind heute bereits am Limit der finanziellen Leistungsfähigkeit. Diese könnten dadurch entlastet werden», so die VU-Fraktion. (red)